

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

erschient wöchentlich Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelheftpreis die Ugehalt, wochenseltene für Arbeitsnachte 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegenheiten 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 535. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 3.

Duisburg, den 18. Januar 1919.

20. Jahrgang

## Bedeutungsvolle Fortschritte im Arbeitsrecht

Durch eine Verordnung der provisorischen Reichsregierung vom 23. Dezember 1918, rechtskräftig vom 27. Dezember, sind die bisherigen Rechtsbestimmungen des Arbeitsverhältnisses um einen bedeutenden Schritt vorwärts gefördert worden. Die wichtigste Neuerung betrifft das Tarifvertragsrecht. Auf Grund der Verordnung sind schriftlich abgeschlossene Tarifverträge nunmehr für beide Teile rechtsverbindlich. Abweichungen sind nur noch dort zulässig, wo sie im Tarifvertrag selbst grundsätzlich zugelassen sind oder soweit sie Abweichungen der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten, die durch den Tarifvertrag nicht ausgeschlossen sind. Bisher waren die Bedingungen der Tarifverträge nicht rechtsverbindlich, ihre Durchführung beruhte nur auf Treu und Glauben der Vertragsparteien. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen können jedoch beide Vertragsschließende zur Einhaltung der Bestimmungen gesetzlich gezwungen werden. Die Verordnung geht jedoch noch weiter. Das Reichsarbeitsamt kann jetzt Tarifverträge, die für das betr. Tarifgebiet größere Bedeutung haben, auf Antrag für allgemein verbindlich erklären. Dann haben die Bedingungen des Tarifvertrages rechtsverbindliche Geltung auch für diejenigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die außerhalb der vertragschließenden Organisationen stehen. Solche allgemein verbindlichen Tarifverträge werden in ein öffentliches Tarifregister eingetragen und im Deutschen Reichsanzeiger bekanntgegeben. Darin liegen die Anfänge eines zentralen Tarifwesens, das zweifelsohne zu einer großen wirtschaftlichen Bedeutung gelangen wird und wo alle Fäden des Tarifvertragswesens zusammenlaufen. Ob sich später auf Grund dieser Entwicklung ein besonderes Tarifvertragsgesetz herausbilden wird, bleibt der Zukunft vorbehalten. Die Forderungen nach einem solchen Gesetz sind bekanntlich schon längst erhoben worden. Weitblickende Sozialpolitiker und auch die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften waren jedoch bis zum Ausbruch des Krieges keineswegs überzeugt, daß die Verhältnisse für ein Tarifgesetz bereits ausgereift wären. Jetzt, nach den bedeutenden Umwälzungen im wirtschaftlichen Organisationsleben, liegen die Verhältnisse ganz anders. Die endgültige Regelung der Tarifrechtsfragen wird jedoch nur unter ausschlaggebender Mitwirkung der industriellen Arbeitgebergemeinschaft, in der die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gleichermaßen vertreten sind, erfolgen können.

Der zweite Abschnitt der Verordnung vom 23. Dezember 1918 verfügt die Weibehaltung bzw. Neuerrichtung der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse, wie sie im Hilfsdienstgesetz vorgesehen waren. Abweichend von den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes müssen jetzt aber in allen Betrieben, Werkstätten und Bureaus, und zwar nicht nur in den gewerblichen, sondern auch in den landwirtschaftlichen und allen sonstigen Betrieben, in denen in der Regel mindestens zwanzig (früher fünfzig) Arbeiter oder Angestellte beschäftigt werden, solche Ausschüsse errichtet werden. Das Wahlberechtigungsalter ist auf 20 Jahre (früher 21) herabgesetzt. Von weittragender Bedeutung ist die Bestimmung, daß für sämtliche Ausschüsse Neuwahlen stattzufinden haben. Für die Arbeiter und ihre Organisationen ist damit eine gewaltige Arbeit geschaffen. Das Arbeitsgebiet der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse erstreckt sich auf die Durchführung bescheidender Tarifverträge, auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wo keine Tarifverträge bestehen, und auf die Mitwirkung bei der Bekämpfung der Krankheits- und Unfallgefahren. Wichtig ist auch die Bestimmung, daß dort, wo keine Tarifverträge abgeschlossen sind, die Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse ihre Tätigkeit im Einvernehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten auszuüben haben.

Sodann wird in einem dritten Abschnitt der Verordnung die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, ähnlich wie im § 13 des Hilfsdienstgesetzes, geregelt. Die Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse bleibt wie früher, nur können die Ausschüsse auch ohne unparteiische Vorsitzende verhandeln, wenn sich beide Parteien über einen Vorsitzenden aus ihrer Mitte einigen können. Die bisherigen ständigen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den Schlichtungsausschüssen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes angehörten, sollen in gleicher Eigenschaft in die neuen Ausschüsse eintreten. Für die staatlichen Verkehrsanstalten, Eisenbahnen und Post, sollen besondere Schlichtungsausschüsse gebildet werden; sie sind nur zuständig für den Bereich der betreffenden Verkehrsanstalt. Die Schlichtungsausschüsse haben sich nach der Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes nicht mehr mit Abstreifen zu befassen, sondern nur noch mit der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten; sie sind mit den Einigungsämtern. Sie treten in Wirksamkeit, wenn sie von einer der beteiligten Parteien angerufen werden; sie können aber auch, ohne angerufen zu werden, Einigungsversuche unternehmen, wenn ihnen der Ausbruch von Differenzen bekannt wird. Ein Zwang, sich etwaigen Schlichtungsversuchen der Einigungsämter zu unterwerfen, ist nicht vorgesehen. Nicht kann das Druckmittel des gewerkschaftlichen Einflusses keineswegs entbehrt werden, wenn den Schlichtungsversuchen praktische Geltung verschafft werden soll.

Eine prinzipielle wichtige Neuerung bringt die Verordnung durch die Verfügung, daß in wichtigen Fällen dem Reichsarbeitsamt das Recht eingeräumt wird, die Durchfüh-

rung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens selbst zu übernehmen oder sie einer anderen Schlichtungsstelle, z. B. einer bundesstaatlichen, zu übertragen. Damit ist gewissermaßen ein zentrales Einigungsamt geschaffen, das insbesondere bei größeren Arbeitsstreitigkeiten in Aktion treten kann. Bisher ist das durch Reichs- oder Staatsbehörden geschehen, ohne daß diesen Behörden eine gesetzliche Unterlage dafür gegeben war. Insofern bedeutet die neue Verordnung einen bedeutenden Schritt vorwärts. In der gegenwärtigen Zeit, wo so viele unsinnige und verbrecherische Lohnbewegungen von unverantwortlichen Elementen angestreift werden, wäre es dringend notwendig, daß die zentrale Einigungsinstanz des Reichsarbeitsamtes sofort eingreife und mit gesetzlichen Druckmitteln für Ordnung und ungehinderten Fortgang der lebensnotwendigen Industrien sorgen würde.

## 1648 — 1918

Der großen Masse des Volkes, dem Bürgertum sowohl als auch einem sehr bedeutenden Teil der deutschen Arbeiterschaft will es anscheinend noch gar nicht in den Kopf, daß wir in einer Katastrophe von solchem Ausmaße stehen, die uns einfach zu vernichten droht. Man muß schon zurückgehen bis auf den 30-jährigen Krieg, 1618—1648, der das einst so stolze Deutschland vollständig von seiner Höhe herunter in eine Tiefe, wie Deutschland es bis dahin noch nicht erlebt hatte. Die Schweden, Franzosen, Dänen, Italiener, Spanier, Niederländer hatten Deutschland zum Schauplatz ihres Mordens und Brennens gemacht, und was da noch übrig blieb, war Vernichtung. Vernichtung für Handel und Gewerbe, Vernichtung der Städte, der Dörfer und der Klauen. Vollständige Vernichtung des deutschen Ansehens und deutscher Macht. Mit diesen furchtbaren Zeiten des dreißigjährigen Krieges vergleicht sehr bezeichnender Weise die sozialistische Zeitschrift „Die Konjunktur“ unsere Lage und schreibt:

„Schlimm sah es nach dem dreißigjährigen Kriege in Deutschland aus, aber die Existenzansichten lagen damals für die dezimierte Bevölkerung doch weit weniger trübsal, als sie sich heute nach dem verlorenen Kriege darstellen. Damals war doch genug Grund und Boden vorhanden, der der dünnen Bevölkerung das nötige Brot bieten konnte; heute sieht die dicke Bevölkerung auf einem viel zu engen Gebiete, ist mit Schulden überladen und vom Weltmarkt in einer Weise zurückgedrängt, die durch die Friedensabmachungen sich kaum zu unseren Gunsten wandeln dürfte. Wie will unter solchen Umständen das deutsche 60-Millionen-Volk sein Dasein fristen? Die wirtschaftliche Besserung wird sich aber nicht nur nicht einstellen, sie entfernt sich vielmehr immer weiter aus dem Bereich des wirtschaftlichen Horizontes Deutschlands, der heute so aussieht, als ob es überhaupt unmöglich werden würde, daß die gesamte Bevölkerung trotz angestrengtester Arbeit auch nur ein kümmerliches Dasein sich schaffen könne. Bei der Masse der Bevölkerung ist die Tragweite des Zusammenbruchs für sie selbst und ihre Zukunft noch immer nicht erkannt. Man gibt sich noch ausschweifenden Hoffnungen hin, die wirtschaftlich sich einfach nicht verwirklichen lassen. Wann wird die Erkenntnis dämmern, wird man auf sie vorbereiten und wie wird das Erwachen sein? Die Arbeiterschaft glaubt, ihre Leiden im Kriege seien das Schlimmste gewesen, was zu erdulden gewesen sei, nun werde es bestimmt besser werden. Die Leiden im Kriege werden beneidenswert erscheinen gegenüber dem Dasein, das die Friedenszeiten der deutschen Arbeiterschaft bringen werden. Dagegen hilft auch kein Sozialismus, wie er heute ausgefaßt und durchgeführt werden soll, ganz im Gegenteil, diese Gewalttat a la Doktor Eisenhart wird die Lage der deutschen Arbeiterschaft nur noch elender und trostloser machen. Ja, es sieht gar trübe um die Zukunft vor allem der gewerblichen Arbeiterschaft Deutschlands aus. Es ist höchst wahrscheinlich, daß die aller schlimmsten Notstände nur durch Auswanderung größten Stils vermieden werden können. Ob dann im fremden Lande eine wirkliche Besserung für den Abstrom gefunden werden wird, das mag man sich im Hinblick auf die Stimmung des Auslandes gegen das deutsche Volk beantworten. 1648 litt Deutschland an Hungerarmut, 1918 leidet es aber im Verhältnis zu seiner Existenzgrundlage an bedenklicher Überbevölkerung. Wenn wir auch zugeben, daß sich Mittel und Wege finden lassen, auf denen und durch die das deutsche Volk sich im Laufe von Generationen aus dem tiefen Elend wieder herausarbeiten kann und wird, so muß doch zunächst damit gerechnet werden, daß es vorläufig erst noch kräftig bergab gehen wird, und zwar ist in erster Linie die gewerbliche Arbeiterschaft der leidtragende Teil. Und wenn die Arbeiterschaft auch alle Kapitalisten verdrängen wollte, die Ausflüchten würden dadurch nicht fernablässiger, sondern doppelt und dreifach düster. Aber man hat den Arbeitern so lange einen falschen Glauben ge-

predigt, daß das, was kommen wird, die schwerste und bitterste Enttäuschung hervorgerufen wird. Alle wirtschaftlichen und machtpolitischen Erfolge während der Zeit von 1618 bis 1914 sind durch den Krieg und seinen Ausgang verloren gegangen: das deutsche Volk muß wieder einmal von vorne anfangen.“

In dem „falschen Glauben“, der der Arbeiterschaft gepredigt wurde, liegt die furchtbare Schuld der Sozialdemokratie. Wie sie sich auch winden und drehen mag, diese Lasten kann sie nicht wegwaschen. Sie hat das internationale Wahrgelübte über notwendige, auch für die Arbeiterschaft notwendige nationale Forderungen gestellt. Jetzt ist der „große Kladderadatsch“, den Hebel predigte, da. Aber aus diesem Kladderadatsch, den die Sozialdemokratie herbeiführte, gibt es keinen Weg in einen „besseren Zukunftsstaat“, sondern den Weg in die Knechtung und Knebelung der deutschen Wirtschaft und damit auch der deutschen Arbeiterschaft.

## Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Demobilmachung

Die Volksbeauftragten und das Demobilisationsamt haben unter dem 4. Januar 1919 eine wichtige Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation erlassen.

Unternehmer gewerblicher Betriebe, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, werden verpflichtet, Kriegsteilnehmer, die bei Kriegsausbruch in ungeländlicher Stellung bei ihnen beschäftigt waren und sich binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung oder nach ihrer Entlassung vom Militär bei ihnen melden, wieder einzustellen. Das gleiche gilt von ihren früheren Arbeitern, die bei Kriegsausbruch aktive Soldaten waren; auch für solche, die während des Krieges von ihrer Arbeitsstelle aus in dem Kriegsdienst getreten sind.

Des Weiteren sind die gleichen Unternehmer (also mit regulär mindestens 20 Arbeitern) generell verpflichtet, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter weiter zu beschäftigen.

In den Rahmen der Verordnung fallen auf der Seite der Unternehmungen nicht nur die Gewerbebetriebe nach Titel 7 der Gewerbeordnung, sondern auch die Werkstättenbetriebe der Eisenbahnunternehmungen und der Klein- und Straßenbahnen, die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe gewerblicher Art und alle öffentlichen Betriebe, die als Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen wären, wenn sie mit der Absicht auf Gewinnerzielung geführt werden. Auf der Arbeiterschaft fallen in den Rahmen der Verordnung alle Arbeitnehmer der bezeichneten Betriebe, mit Ausnahme der Angestellten, die angestelltenversicherungspflichtig sind oder, wenn sie auch aus irgendwelchen Gründen von der Angestelltenversicherungspflicht befreit sind, doch zum Kreise der angestelltenversicherungspflichtig Beschäftigten gehören. Eine besondere Verordnung für diese Angestellten ist in Vorbereitung und wird alsbald veröffentlicht werden.

Die generelle Vorschrift, die Kriegsteilnehmer wieder einzustellen und die vorhandenen Arbeitskräfte nicht zu entlassen, wird natürlich in sehr vielen Fällen angesichts der Verhältnisse der Betriebe unausführbar sein. In diesen Fällen kann der Arbeitgeber die Arbeiterzahl entsprechend der Lage seines Betriebes einschränken. Dabei soll die vorhandene Arbeitsmöglichkeit so verteilt werden, daß grundsätzlich der Arbeitsdienst durchgeföhrt wird, und daß der einzelne Arbeiter mindestens 30 Stunden wöchentlich beschäftigt wird. Eine noch weitere Herabsetzung der Arbeitszeit, um eine größere Zahl von Arbeitskräften beschäftigen zu können, muß als unwirtschaftlich vermieden werden.

Wer entlassen wird, hat der Arbeitgeber im Benehmen mit dem Arbeiterausschuß zu bestimmen. Schwer Kriegsbeschädigte und schwer Unfallverletzte, die über 60 v. H. der Volkrente beziehen, können vorläufig überhaupt nicht entlassen werden.

Für die Auswahl der zu entlassenden Arbeiter sind in der Verordnung bestimmte Vorschriften aufgestellt. Erfolgt darüber eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterausschuß nicht, so tritt der durch die jüngste Verordnung des Reichsarbeitsamtes eingeführte Schlichtungsausschuß in Aktion.

Für die Entlassung von Arbeitern ist allgemein eine Kündigungsfrist von mindestens zwei Wochen festgesetzt. Arbeiter von auswärts, die ihren bisherigen Arbeitsort ebel verlassen, um in den Heimatort zurückzukehren, werden begünstigt (durch Abschlagslohn, evtl. auch Beihilfen), und wenn sie binnen fünf Tagen nach erfolgter Kündigung abreisen, auch durch Gewährung einer Beihilfe.



Eine Anzahl Vorschriften sind im Interesse wirksamer Lohnregelung erlassen. So kann der Demobilisierungskommissar beantragen, daß das Reichsarbeitsamt Tarifverträge für allgemein rechtsverbindlich erklärt. Des Weiteren kann der Demobilisierungskommissar selbst den Schlichtungsausschuß anrufen und vor ihm eine der beiden beteiligten Parteien auftreten, d. h. an den Verhandlungen teilnehmen und Ansprüche stellen. Der Demobilisierungskommissar kann endlich einen Schiedspruch, dem sich nicht beide Parteien unterwerfen, für verbindlich erklären oder, wenn ein Schiedspruch überhaupt nicht zustande gekommen ist, einen solchen nach erneuter Verhandlung des Schlichtungsausschusses herbeiführen. Dies gilt sowohl für Schiedsprüche, die die Lohnfrage betreffen, als für solche, die sich auf die Einstellung von Kriegsteilnehmern oder Entlassung von Arbeitern beziehen.

Die Verordnung gilt nur für die Demobilisierungszeit. Den Zeitpunkt ihres Aufhebens bestimmt das Demobilisierungsgesetz.

### „Alle Räder stehen still“

Unter dem furchtbaren Zwang der Ereignisse, die sich im deutschen Wirtschaftsleben abspielen, kommen einseitige Sozialdemokraten immer mehr dazu, das ganze Agitationsfeld der Sozialdemokratie, mit dem diese ihre Waffen führt, und das an den heillosen Zuständen mitschuldig ist, anzugreifen und zu verurteilen. Sie erkennen eben die große Schuld der Sozialdemokratie an der heutigen verzweifelt wirtschaftlichen Lage. Der Sozialist Galver schreibt seinen freundschaftlichen Genossen, aber auch den Führern, folgendes ins Stammbuch:

Wie oft wurde in sozialdemokratischen Versammlungen den Arbeitern ihre wirtschaftliche Macht mit dem Reime vorgehalten: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Heute sind die Arbeiter daran, ihren starken Arm energig zu lassen: sie sind politisch und wirtschaftlich die Herren der Situation. Psychologisch mag ihr augenblickliches Verhalten begreiflich sein, aber wirtschaftlich betrachtet, bedeutet es nicht nur den Ruin der schon bisher geschwächten gewerblichen Betätigung, sondern die Vernichtung der Voraussetzungen, ohne welche die Arbeiterklasse selbst nicht existenzfähig erhalten werden kann. Gerade weil aus die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse oberan stehen, bedauern wir ihre augenblickliche Handlungsweise. Sie graben sich damit ihr eigenes Grab. Eine Streikbewegung geht durch das ganze Land in einem Moment, wo die wirtschaftliche Betätigung notwendiger ist als je. In den Bezirken des Bergbaus gelingt es nicht, die Förderung im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten, geschweige denn sie zu steigern. Immer wieder kommt es zu Arbeitsentsetzungen. Unter den Wirkungen des Höchstausschusses muß die Abwicklung des Verkehrs, muß die Belieferung der Städte mit Hausbrand, muß die Lebensmittelversorgung vor allem leiden. Aber die Streikbewegung ist nur die Folge der an allen Ecken und Enden einsetzenden Lohnforderungen. Die Arbeitgeber bewilligen nach Möglichkeit die an sie herangetragenen Forderungen, obwohl es wirtschaftlich ganz ungeschicklich ist, daß die gegenwärtige Lohnhöhe und die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten werden können. Schon mit Rücksicht auf die abweichenden Verhältnisse im Ausland ist das unmöglich, aber auch im Rahmen der deutschen Wirtschaftslage lassen diese machtpolitischen Erwägungen sich einfach nicht halten. Die Arbeiterklasse selbst wird es sein, die schon in absehbarer Zeit alle diese Erfolge wieder über den Haufen werfen wird. Mit der Demobilisierung verschwindet die ausnahmsweise Lage der Arbeiter, die sie während des Krieges auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen konnten. Für das plötzliche massenhafte ansteigende Niveau auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt fehlt die Arbeitsbekandtheit, und es wird nicht mehr so leicht das Lohnniveau nach unten gedrückt werden. Schon jetzt sehen wir, wie sich die Arbeitslosenziffern von Woche zu Woche anheben. Die Frage ist, daß die Arbeiter sich gegenseitig um so heftigere Konkurrenz machen werden, je geringer die Arbeitsmöglichkeiten höher die Zahl der Arbeitsuchenden ist. Den Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens kann man nicht ausweichen, es sehr man sich auch gegen sie wehren und streben mag. Die Situation wird für die Arbeiterklasse um so verhängnisvoller, je mehr sie jetzt noch den schon aus genug geschwächten Gang der wirtschaftlichen Betätigung über die Voraussetzungen dazu bestärkt. Die Kapitalisten, die jetzt verachtet oder wirtschaftlich nutzlos angewendet werden, die jetzt für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, die jetzt für die Befähigung der Arbeitsuchenden, ohne die die Gesamtheit der Arbeiterklasse einfach nicht zu existieren vermag. Aus diesem Grunde wäre es zu wünschen, daß das Streben, von dem zur Zeit die deutsche Arbeiterklasse getrieben wird, möglichst rasch nachlassen und einer mächtigen Heberlegung im eigenen Interesse Platz machen würde. Aber wir befürchten, daß die Ernüchterung nicht eher eintreten wird, als bis der nächste Konflikt zwischen Arbeitern und Arbeitern die Arbeiterklasse auf ein wirtschaftliches Niveau zurückdrückt, wie es in Deutschlands Geschichte noch nie beobachtet ist.

Man wird dieser furchtbaren Krise, von der Endverweilung und in die uns das Verfall der nationalsozialistischen Arbeiterklasse zu führen droht, begegnen wollen, dann bleibt nichts anderes übrig, als energig und richtiges gegen die kapitalistischen Tendenzen vorzugehen und ihr Leben lahmzulegen. Da sich diese Ideen aber in den Reihen der Arbeiter nicht durchsetzen, da man sie nicht richtigem Arbeiter diesen sofort entgegenstellen. Da darf keiner Panzer fahren sein, sondern auch seinen Mund aufmachen. Der Panzer hat der ganzen Sache ist ja der, daß wir eine Abkehrung von den kommunistischen haben, wo wir hauptsächlich nur den Druck bedarf. Schließlich wird das deutsche Volk die Strafe in sich haben, sich vor dem tiefsten Falle selbst zu schützen. Die Hauptbedingung dafür aber ist: Arbeit und tiefer Arbeit.

### Internationaler Arbeiterschutz und internationale Sozialpolitik

Die bei den Weltkriegen herbeigeführten Veränderungen, die internationalen Regelung des Arbeiterschutzes anzubahnen, sind bereits während des Krieges wieder aufgehoben. Die Weltkriegergebnisse an Reiches, insbesondere an Arbeitern, die bei Weltkriegen bei den Beschäftigten herbeigeführt hat, und die

Notwendigkeit, nicht nur eine Ausgleichung der geschädigten Produktivkraft, sondern auch ihre unmittelbare Hebung zwecks Behebung der Kriegsschäden und Deckung der Kriegsschulden zu erzielen, bedingen eine besonders pflegliche Bevölkerungs- und Arbeiterschuttpolitik; diese Ermöglichung findet zugleich auch stärkere Unterstützung durch die unmittelbaren Forderungen der arbeitenden Schichten nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die während des Krieges in großem Umfang notwendig geordnete Ueberarbeit, die gesamten Anstrengungen und Entbehrungen der Völker während des Krieges haben bei den arbeitenden Massen, wie Stephan Bauer in dem vor kurzem erschienenen Buche „Arbeiterschutz und Völkergemeinschaft“ (Jülich 1918, Verlag Dr. J. J. J. J.) schreibt, „das Verlangen nicht nur nach Herstellung der Zustände vor dem Kriege, sondern nach besseren Arbeitsbedingungen“ erzeugt; „es ist das Verlangen nach Arbeitsruhe und Lebensinhalt, das diese Forderungen durchdringt und in zahllosen Meinungen der englischen Erhebung über die Übung in der Industrie zutage tritt.“ „Die Erneuerung und der Aufbau des Arbeiterschutzes ist eine ebenso dringende wie internationale Angelegenheit, ein inneres Friedensproblem ersten Ranges, dessen Lösung dem Augenblicken erst sein volles menschliches und wirtschaftliches Gewicht verleihen kann und die notwendige Voraussetzung der neuen Produktionsordnung bildet.“

Der Krieg führte zunächst in fast allen kriegsführenden Ländern zur Nichtbeachtung der Berner internationalen Verträge vom Jahre 1906 (die insbesondere den Industriearbeitern eine Reduzierung von elf Stunden ermöglichten), und es wurden vor allem meist die Vorschriften des nationalen Arbeiterschutzes außer Acht gelassen. Bald begann sich jedoch fast überall ein Umchwung geltend zu machen. Die Beratungen in Paris am 1. Mai 1916 zwischen Abgeordneten britischer, französischer, belgischer und italienischer Arbeiterorganisationen wie in Leeds am 5. Juli 1916 über den Vorschlag der American Federation of Labor auf Abhaltung eines Arbeiterkongresses zugleich mit dem künftigen Friedenskongress führten zu einer Billigung des Vorschlags der Einberufung einer internationalen Konferenz vor Beginn der Friedensverhandlungen und zu einer Zustimmung zu dem Vorsteher des Vorschlags über die Mindestforderungen an die Gesetzgebung. Das gleiche Programm wurde 1917 in Bern von Gewerkschaftsvertretern verschiedener Länder durchberaten und gutgeheißen. Schließlich wurde auf der 37. Jahresversammlung der American Federation of Labor in Buffalo vom 12./21. November 1917 einstimmig der Beschluss gefasst, es solle in dem Weltfriedensvertrag die folgende Erklärung Platz finden:

1. Kein Artikel oder keine Satz soll im internationalen Vertrag verhandelt oder geliefert werden, an deren Erzeugung Personen unter 16 Jahren beteiligt oder zur Erzeugung zugelassen waren.
2. Der normalentlohnte (harte) Arbeitstag in Industrie und Handel soll acht Stunden nicht überschreiten.
3. Zwangsarbeit soll ausschließlich als Strafe eines regelrecht erwiesenen Verbrechens bestehen.
4. Schlichtungsgerichte sollen allgemein eingeführt werden.

Es sind also in Leeds, Bern und Buffalo drei sozialpolitische Programme vorhanden, die die Forderungen der Gewerkschaften aller maßgebend beteiligten Länder erkennen lassen. Sie bilden eine feste Grundlage auch für die Forderungen Deutschlands auf sozialpolitischem Gebiet für den Friedensvertrag wie für den Völkervertrag. Denn in Deutschland, das auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung Vorbildliches für die Welt geschaffen hat, forderten nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Wissenschaft und die sozialreformistischen Kreise, daß dem Streben des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung in den Friedensverträgen Rechnung getragen werde. Der damalige Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Freiherr v. Stein versicherte am 12. September d. J. den Gewerkschaftsvertretern in einer Besprechung beim Reichskanzler, daß die Gewerkschaftsforderungen zu den Friedensverträgen zwar bei den Verhandlungen mit England infolge der besonderen Lage und der gebotenen Eile hätte zurückgestellt werden müssen, sie aber nicht vergessen worden wären. Für die künftigen Friedensverhandlungen sei das deutsche Programm für die internationale Gesetzgebung fertig ausgearbeitet. Am 5. Oktober 1918 gab der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, die Fassung, Deutschland werde bei den Friedensverträgen dahin wirken, daß die vertragsschließenden Mächte sich über ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger sozialpolitischer Einrichtungen und Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit sowie des Reiches und der persönlichen Freiheit der Arbeitnehmer verständigen. Aus dem Friedensverträge sollen diese sozialpolitischen Klauseln auch in den Völkervertrag aufgenommen werden. Die jetzige Reichsregierung hat auf Erträgen der mit der Friedensverhandlung betrauten Stelle das Reichsarbeitsamt und das Ausschüssige Amt veranlaßt, die sozialpolitischen Friedensforderungen anzustellen. Die amtlichen Beratungen haben am 22. November d. J. begonnen, und es besteht Uebereinstimmung darin, daß Deutschland möglichst bereits im Friedensvertrag, zum mindesten in dem endgültigen Friedensvertrag und in der Völkervertragsform und feste Grundzüge eines Weltarbeiterschutzes festzulegen vermag.

Gezögert sind in Deutschland durch die Abmachungen zwischen dem großen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften am 15. November ein großer Teil der Forderungen, die auf der Gewerkschaftskonferenz in Leeds gestellt worden waren, in Deutschland Billigkeit geworden: die Reaktionsfreiheit der Arbeiter darf nicht mehr eingeschränkt werden, Arbeitsruhe, partieller Arbeitsschutz usw. Es liegt jetzt an den anderen Nationen, diese Arbeitsschutzforderungen auch in ihren Ländern durchzuführen. Dafür ist aber aufeinander kein großes Interesse vorhanden. Die Franzosen sind mit der Beschäftigung einverstanden, und die Regierung drückt auch noch darauf, daß sie eingehalten wird. Solange aber die Abmachungen nicht internationale Geltung haben, kann ein Land für ein Land nicht durchführen, wenn es nicht wirtschaftlich gegenüber dem anderen in Rückstand kommen will. Die Folgen eines wirtschaftlichen Niederganges aber hat die Arbeiterklasse am meisten zu tragen. Von dem anderen Ländern wird es abhängen, ob die großzügige deutsche Sozialpolitik, die sowohl für die Arbeiterklasse selbst, als für die Arbeiterklasse in den gegnerischen Ländern zugute kommen soll.

### Streiflichter

#### Hinein in die christlichen Gewerkschaften

Die Vorstände der evangelischen Jünglingsvereine und der evangelischen Vereine junger Männer wenden sich in folgendem Aufsatz an ihre Mitglieder:

Wir wenden uns in einer sehr wichtigen Angelegenheit an euch. Die großen politischen Umwälzungen, die wir in den letzten Tagen erlebt haben, bringen euch auf einem wichtigen Gebiete gewaltige Umwälzungen, wozu besonders die Arbeiter berührt werden. Es war bisher, wenigstens auf dem Papier, noch so, daß jemand auch „unorganisiert“ in Deutschland arbeiten konnte. Das wird in Zukunft anders sein. In einzelnen Kreisen ist die Organisationspflicht schon ausgesprochen. Der Deutsche Jünglingsbund hat bisher in der Gewerkschaftsfrage seinen Mitgliedern die Organisation empfohlen und nur gebeten, sich nicht den freien Gewerkschaften anzuschließen. Heute kann man es dabei nicht bewenden lassen, sondern wir bitten unsere Vereine, dafür einzutreten, daß sämtliche Mitglieder sich den christlichen Gewerkschaften anschließen.

Da in Deutschland die Sozialdemokratie eine Weltanschauung bedeutet, und zwar die materialistische, so können wir nicht mit ihr paktieren. Die freien Gewerkschaften gehen im Jahrwohler der Sozialdemokratie. Wollen wir überhaupt noch die Möglichkeit haben, daß junge Leute aus dem Arbeiterstand in unsere Vereine kommen, so müssen wir sorgen, daß sie sich den christlichen Gewerkschaften anschließen. Es muß dies aber sehr schnell geschehen, da ohne Zweifel die freien Gewerkschaften sich darüber her machen werden, was alles Nichtorganisierte für sich zu gewinnen. Wir bitten besonders noch, daß auch Jugendliche von 14 Jahren an und alle weiblichen Personen organisiert werden. Auch nach dieser Seite hin haben wir viele kleine Aufgaben und empfehlen, in erster Reihen mit den Jungfrauenvereinen vorzugehen.

Vorstand des Westdeutschen Jünglingsbundes.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Mitglieder des Westdeutschen Jünglingsbundes sich noch stärker, als es bisher geschehen ist, unseren christlichen Gewerkschaften anschließen und dabei keine Minute zögern werden.

#### Die Folgen des Streiks

Die sozialdemokratische „Kiebitzzeitung“ „Kiebitzzeitung“ Duisburg, die bei den Russen Anfang 1918 die Streikenden in einen liebevollen Mantel hüllte und die christlichen Gewerkschaften angriff, weil diese sich gegen den Streik aussprachen, macht bei den Streiks, die jetzt unter sozialdemokratischer Regierung stattfinden, die Streikenden auf die furchtbaren Folgen aufmerksam.

Sie schreibt:

- München: Zehntägige Betriebs Einstellung vom 24. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in ganz Bayern.
- Frankfurt a. M.: Krankenhaus zeitweise durch Kohlenmangel verhindert, lebenswichtige Operationen vorzunehmen. Industrie steht vor Arbeitslosigkeit. Hausbrand mangelnd. Geschäftsschluß 5 Uhr.
- Mainz: Seit 6 Wochen kein Kohlenstoff eingegangen. Haus halte für 2 Wochen Kohlen. Gaswerk am 22. Dezember 1918 für 6 Tage, Elektrizitätswerk für 17 Tage Kohlenvorrat. Gewerbebetriebe stehen vor Stilllegung.
- Karlsruhe: Stadt nur noch für wenige Tage mit Kohlen versorgt.
- Düsseldorf: Monatsbedarf für 40 000 Tonnen Kohlen. Kohleneingang November 1918 21 000 Tonnen. Dezember 15 000 Tonnen.
- St. Erft: Kohlenzufuhr seit einigen Wochen um rund 10 000 Tonnen monatlich vermindert. Von 62 Gaswerken mit seitheriger Monatszufuhr von 22 000 Gas Kohlen sind 17 Werke in Gemeinden mit zusammen 140 000 Einwohnern und 30 000 Haushaltungen bereits stillgelegt oder vor Stillstand. Gaswerke der übrigen Gemeinden mit zusammen 750 000 Einwohnern und rund 130 000 Haushaltungen kommen in Kürze ebenfalls zum Erliegen. Bedienung der Elektrizität und Wasserwerke sowie Nahrungsmittelbetriebe völlig unzureichend. Für Gaswerk Stuttgart fehlen trotz großer Einsparungen täglich 300 Tonnen. übrige Industrie ohne Kohlenlieferung. Allgemeine Arbeitslosigkeit unausbleiblich. Bei Ausfällen weiterer Kohlenzufuhr sind 300 000 Menschen ohne Wärme, Licht und Kochmöglichkeit. Rettung nur möglich bei äußerster Steigerung der Förderung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet.
- Reichskohlenkommissar Berlin: Ruhrgebiet Kohlenverhand in Kriegszeit täglich 25 000 Eisenbahnwagen. Dagegen im Dezember 1918 nur noch 15 000 Wagen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Hälfte des öffentlichen und Wirtschaftslebens Deutschlands schon am 20. Dezember 1918 durch die Arbeiterunruhen im Ruhrgebiet stillgelegt war. Heute ist es noch schlimmer.

Was machen die Hunderttausende von Arbeiterfamilien ohne Angeln? Sie müssen frieren, weil ihre Kollegen streiken. Sie werden arbeitslos, verdienen nichts und kommen ans Hungern. Alles Schuld der Streikenden. Die Schuldigen trifft der Fluch der Arbeiterklasse.

#### Eine Reminiscenz

In den letzten Wochen hat das Wort von der Steigerung der Produktivität der Wirtschaft einen großen Umfang angenommen. Das ist gut, denn das ganze deutsche Volk muß wissen, um was es sich handelt. Im Zusammenhang damit wollen wir einen Blick auf den Artikel „Unternehmertum und Arbeiterschaft“ unseres Verbandsorgans bringen (April 1918), in dem damals schon die Notwendigkeit der Produktivität hervorgehoben wurde. Es heißt da:

„Notwendig für die neue Wirtschaft ist die „Steigerung der Produktivität“, das heißt: für die Exportierungen aller Kräfte der menschlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das heißt in gleicher Weise jeden Stand, jedes Volk, jedes Gewerbe, jeden Kleinhandwerker, Industriellen und Arbeiter, die Bestrebungen gehen einander entgegen, zwischen Produktion und Konsum, zwischen Arbeit und Unternehmertum, die man jetzt in der ganzen Welt noch gar nicht übersehen kann.“

Die höchste Ausnutzung aller wirtschaftlichen Kräfte würde uns aber nur sehr wenig nützen, wenn nicht damit Hand in Hand eine Verminderung aller überflüssigen Kräfteausgaben einträte. Das ist eben notwendig, ein ganzes System von Wirtschaftlichen. Das ist aber nur zu häufig gescheit, diese überflüssigen Kräfteausgaben geben oft bei der produktiven Tätigkeit des Arbeiters zu sehr und die Welt ist in das sogenannte „wirtschaftliche System“ hinein gezogen zu werden. Unter anderem Wirtschaftsleben bedarf es



Wenn es noch produktiver sein will, des „Wissenschaftlichen Systems“, angefangen von vielen, infolge der Unfähigkeit unproduktiven Beileben, dem Wohlstand mit immer oft nutzlos liegenden Säuberungen bis zur Banalität, welche die Menschen in Wirtschaften zusammenführt und so geistig und körperlich herunterdrückt, also Produktivität vernichtet, und dancien Wirtschaftsbasis unbrauchbar liegen läßt. Besonders muß das ganze Netz der Beziehungen vom Hersteller zum Verbraucher zusammengezogen und vereinfacht werden. Der Zweck der Wirtschaft ist die Erhaltung und Hebung des Volkes und die Kräftigung des Einzelnen, nicht aber die Beherrschung von Einzelinteressen.

Es hat fast den Anschein, als müßten wir auf dem Weltmarkt wieder anfangen, wo wir 1890 auch standen. Nur mit dem Unterschied, daß damals die Märkte zum großen Teil erst langsam erschlossen wurden, daß also auch wir durch unsere Arbeit und unser Genie Einfluß auf dem Weltmarkt gewinnen könnten. Jetzt liegt uns in seiner vollen Ausdehnung Amerika — neben Rußland, das an Bodenschätzen reichste und geeignetste Land — gegenüber. Der Wirtschaftskampf, der sich um die Märkte entspinnt wird, dürfte der härteste und schärfste sein, der jemals ausgefochten wurde. Gelingen wird ihn der, welcher am schnellsten, am besten und am billigsten die Produkte liefern wird.

Es gibt Zeiten, die nicht für sich leben, nicht selbst Früchte ernten dürfen, sondern die sich als Samenkörner einer besseren Zukunft in die Erde legen müssen, damit aus ihrer Mähe und Arbeit ein schönerer Fruchtsack keimen soll. Dazu gehört auch unsere Zeit und unsere jetzige Generation in Deutschland.

In dieser Zeit leben wir sehr! Nur durch Arbeit werden wir wieder ein geländes, starkes Volk, woran auch die Arbeiterklasse das größte Interesse hat.

### Sozialismus bedeutet Wohlstand, höhere Gesittung und persönliche Freiheit für alle geistig und körperlich schaffenden Menschen

(„Vorkwärts“, Duisburg, Nr. 8.)

**Wohlstand:**  
Die Revolution schöpfte das deutsche Volk rechte Herum und links herum um 1800 Millionen Mark. Sie verschleuderte Milliardenwerte an den Fronten und in der Heimat an Lebensmitteln, Speeresgut usw. Die radikal-sozialistischen Elemente bringen durch ihre Streiks das ganze deutsche Wirtschaftsleben zum völligen Ruin. Das muß selbst der „Vorwärts“ zugeben. Für die Allgemeinheit hat die sozialistische Herrschaft keinen Wohlstand, sondern bitterste Armut gebracht.

Wohlstand brachte sie dagegen den sozialistischen Pöbelnägern (Karriere pro Tag 40 Mark, Schreibmaschinennummern 30 bis 35 Mark, Postpräsident Eichhorn, U.S., laut „Vorwärts“ monatlich 1700 Mark).

Solchen Wohlstand bringt der Sozialismus. Höhere Gesittung:

In einer Zentrumsversammlung in Kurl schlugen die Sozialdemokraten dem Pfarrer eine schwere Wunde in den Kopf; dem Kaplan spalteten sie Ohr und Wange.

Der „Vorwärts“ berichtet von dem „sozialistischen Bombardement“ in Berlin.

In Hamburg wurde der U. S. Arnold, weil er seinen Verboten nicht radikal genug war, tödlich angegriffen. Sage man nicht: Das sind Auswüchse. Nein, die Massen sind systematisch verhetzt worden. Wie heißt es im Marxismus der radikalen Sozialisten? „Die Gewalt des Proletariats ist heilig. Gewehre und Gefängnisse sind Mittel der Züchtung“. Und die Massen richten sich nach diesem Staatismus.

Das ist die höhere Gesittung. Freiheit:

In Düsseldorf brachen die Radikal-Sozialisten in den Generalstreik, Tagesblatt und Nachrichten ein und gaben die Nachrichten als „rote Fahne vom Niederrhein“ heraus.

In Gedeberg bedrohten sie den Redakteur des dortigen Blattes, weil er gegen die Revolution geschrieben hatte.

In Mülheim brachen sie in die Geschäftsräume des „Echo vom Niederrhein“ ein, und verbrannten die Flugblätter und Zeitungen.

Da und erst in Berlin! Selbst der „Vorwärts“ kann nicht erscheinen; von den übrigen Zeitungen ganz abgesehen. Das ist so eine kleine Wüstenlandschaft sozialistischer Freiheit.

Man muß tatsächlich den Mut der Sozialdemokraten bewundern, mit der sie sich hahneshühene Phrasen, wie sie in der Ueberschrift stehen, vom Stapel lassen. Auch ein Zeichen, wie sehr man sich bemüht, die Hirne der Anhänger zu verkleinern und sie über den fürchterlichen Abgrund, in den uns die Revolution gestürzt hat, hinwegzuführen.

### Des Reiches Irrenhaus

In Berlin tobt seit Tagen der Bürgerkrieg: Maschinen-gewehre fliegen, schwere Geschütze bellern, Panzerwerfer hüllen, Handgranaten, laufende Wunden sind verwundet oder tot. Als ob der ganze Wahnsinn losgelassen sei, stehen sich Söhne eines Reiches gegenüber. Und warum? Weil Spartakus die Diktatur einer Minderheit durch Mord, Blauderung usw. erstehen will. Dagegen wehrt sich die Regierung. Und mit Recht! Aber die große Schuld trifft sie, daß durch ihre Langsamkeit und ihr Bögen jetzt Hunderte von Menschen ihr Leben dahingeben müssen, wo noch vor einigen Wochen ein tüchtiger Offizier nach zehn oder zwanzig Individuen genügt hätte, um die ganze Bewegung im Keime zu ersticken. Hoffentlich sagt die Regierung jetzt durch, aber gründlich, sehr gründlich. Das deutsche Volk hat keine Lust, solchen Zuständen länger zuzusehen. Ist es nicht geradezu traurig, daß sich die führenden Männer der Stadt Düsseldorf und des Regierungsbezirks unter dem Schutz der Freibegehen müssen, weil sie Gefahr laufen, von den eigenen Landesgenossen gestört zu werden. Jeder von uns erinnert sich noch, welches Scheul die ganze Sozialdemokratie im alten Staate verankertete, wenn ein Schutzmannsfelbel irgend jemand auch nur den Finger rührte. Jährelang lebte sie von dem „setten“ Agitationsbüßen. Und jetzt? Siehe Berlin, Halle, Hagen, Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart, Braunschweig! Taten der Sozialdemokratie! Ja, Vater, das ist auch etwas anderes.

Selen mit uns aber darüber Nar. Das alles wäre nicht gekommen, wenn die Sozialdemokratie die Revolution brachte die Unordnung, die Revolution brachte den Bierwarr, die Revolution brachte auch die Hunderten von Toten. Das Staats der Revolutionenmacher ist fürchterlich belästet.

### Das sind die Fragen

In Duisburg versuchten die Spartakisten, wie in anderen Städten, die „Herrschaft“ an sich zu reißen. Nachdem der erste Versuch durch die Waffendemonstration der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, vor allem unseres Vorberdes, gescheitert war, holte Spartakus aus Mülheim-Sittich unter Beteiligung der Neutralitätszone etwa 600 Soldaten mit rund dreißig Maschinengewehren nach Duisburg, mit deren Hilfe er seine Herrschaft aufrechtzte. Die Antwort gab am folgenden Tage schon die Antwort:

Die Entente hat mitgeteilt, daß rechtsrheinische Häfen und Landungspunkte durch Ententetruppen besetzt werden. Für Duisburg zwei Kompanien.

Die traurigen Folgen der wilden Spartakusbewegung, die alle Menschen, die noch Bestand bewahrt haben, vorausgesetzt haben, beginnen in Erfüllung zu treten: Sämtliche Rheinhäfen von Manheim bis nach Wesel drohen besetzt zu werden, so den Rheinhäfen gehört außer Duisburg auch noch Mülheim mit seiner Handelsflotte. Der Spartakusbund hat dem Feinde den Vorwand gegeben, einzumarschieren. Es ist hundertmal von allen Seiten gesagt worden, daß der Feind das Gebiet der Ruhr-Rippe-Küste dringlich braucht, wegen seiner Kohlen- und Eisenindustrie und daß die größte Gefahr für Deutschland darin besteht, daß auch diese Quelle abgeschnürt und schließlich für die Feinde verwanzt wird. Der Spartakusbund hat sich darum nicht gekümmert, sondern fortgeföhren, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören.

Mit der Besetzung durch die Entente kräfte für die Arbeiterklasse keine rosige Zeit an. Die linke Rhelnschle sagt genug. Abschaffung des Achtundtags, Sturz der Löhne u.w., das sind die Konsequenzen von Spartakistischer Herrschaft. Wenn dann in den Verteilen, wie es in anderen Städten geschehen ist, der Zorn der Arbeiter sich gegen die Spartakusanhänger entladen sollte, was ja auch wir nicht gutheißen würden, so treffen auch diese Folgen ganz allein Spartakus.

### Wo bleiben die „Helden“?

Nach den letzten Meldungen hat es in Berlin bei den Kämpfen gegen Spartakus 400 Tote und über 1000 Verwundete gegeben. Ganze Straßenzüge sind zerstört. Die Spartakusherrschaft scheint ihr Ende erreicht zu haben und hoffentlich ist die Regierung stark genug, nicht unverantwortlicher Weise auch nur einen Funken noch weiter glimmen zu lassen. Sonst könnte das Feuer zum zwölftenmal ausbrechen. Wo aber bleiben die „Helden“ Liebknecht, Eichhorn, Rosa Luxemburg, die die Hunderte von Menschen in den Tod geführt haben? Wo bleibt der Leichen-Müller? Sie hatten den Mund alle riesig voll genommen, daß sie mit der Revolution leben und sterben wollten. Aber als es darauf ankam, schieden sie Männer und Frauen in den Tod und sie selbst rissen aus. Das Leben ist ja auch viel zu schön, besonders, wenn man wie der „Proletarier“ Eichhorn monatlich 1700 Emmen einstreichen kann und auch der feilen Liebesbeziehung sein darf, daß die sozialistischen Phrasen doch noch immer von einigen Dummen gerlaubt werden, die dann den Kopf ins Loch halten während die „Herren“ sich schnell aus dem Staube machen, wenn es dicke Luft gibt.

Das deutsche Volk wird sich das merken müssen.

### Das „Wohl der Gesamtheit“

Wie jetzt hat man immer von sozialdemokratischer Seite behauptet, man bringe die Freiheit, Sozialismus sei Gesittung, Wohlfahrt und wie die schönen Sachen alle heißen, von denen wir ja unter der Herrschaft des Sozialismus überhaupt noch nichts zu spüren bekommen haben. Auch die U. S. und Spartakus behaupten uns mit tausend heiligen Eiden, daß sie nur das Wohl der Gesamtheit wollten. Wie dieses „Wohl der Gesamtheit“ aussehen soll, das verrät ein Buch „Das Programm des Kommunismus“, das der Führer der Züricher Volkswirtschaften, Heranzugegeben hat. Platten fordert natürlich die Diktatur des Proletariats und sagt:

„Diktatur — das bedeutet eiserne Macht, eine Macht die kein Erbarmen mit ihren Feinden hat. Diktatur der Arbeiterklasse bedeutet die Regierungsgewalt der Arbeiterklasse, welche die Bourgeoisie und die Grundbesitzer ersticht. Diese Arbeiterregierung kann nur aus der sozialistischen Revolution der Arbeiterklasse hervorgehen, der Revolution, die den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Regierung zerstört! Diese Gewalt ist heilig (!) vor jeder Gewalt gegen das Bürgertum zurückzuführen, ist überhaupt kein Revolutionsbegriff. Gewehre und Gefängnisse, um Gegenrevolutionäre einzusperrn, sind ebenso, wie andere Mittel des Zwanges und der Züchtung (!) an einer anderen Stelle sagt man in aller Offenheit über den Unterschied einer parlamentarisch regierten Republik und einer Diktaturrepublik von Volkswirtschafts-Graden. „Der Unterschied besteht darin, daß in der Sowjetrepublik die nicht werktätigen Klassen kein Stimmrecht haben und an den Geschäften nicht teilnehmen. Das Land wird durch die Räte (Sowjets) regiert. Das Bürgertum, die früheren Grundbesitzer, die Zinshändler, die Intellektuellen vom Geiste Kornloffe, die Bankiers, die Händler und Spekulantcn, die Kaufleute, die Krämer, die Pfaffen und Klosterbrüder — kurz, die ganze schwarze Armee des Kapitalismus (!), ist nicht stimm-berechtigt und hat auch keine politischen Rechte.“

Sieht man sich, wie das „Wohl der Gesamtheit“ aussieht. Hoffentlich besteht die Allgemeinheit Kraft genug, um sich gegen dieses „Wohlergehen“ im Sinne Liebknechts aus der übrigen Spektakelgruppe zu schämen.

### Zur Behebung der Mißstände im gewerblichen Lehrlingswesen

hat sich die Ortsverwaltung München unseres christlichen Reichsarbeitervereins und in weiteren das Kartell der christl. Gewerkschaften in München in der bayerische Regierung gewandt. Auf Grund der Vorschläge, die von unseren Kollegen in München gemacht wurden und unter deren Mitwirkung die bayerische Staatskommission für Demobilisierung zur Behebung der Mißstände im gewerblichen Lehrlingswesen für die Übergangswirtschaft folgende Anordnungen erlassen:

1. Lehrlinge, die während des Krieges aus einem Lehrverhältnis ausgeschlossen und in den Dienst oder in die

Handwerksindustrie eingetretten sind, werden, soweit sie nicht schon die Gesellenprüfung abgelegt haben, nunmehr sofort zur Gesellenprüfung zugelassen, wenn der Rest der unterbrochenen Lehrzeit nicht mehr als sechs Monate beträgt, oder eine Zeit von mindestens zwei Jahren nachgeholt wird.

2. Im anderen Falle ist innerhalb einer vierwöchigen Probezeit festzustellen, ob und inwieweit die Ausbildung des Lehrlings in einem anderen Lehrverhältnis (Handwerkstätte, Meisterwerk) fortzusetzen ist. Der nach Par. 126b der Reichsgewerbeordnung veranlaßtenfalls nach Anrufung des Ausschusses für Lehrlingsangelegenheiten anzuschließende Lehrvertrag ist der Handwerkskammer zur Genehmigung vorzulegen. In begründeten Fällen können die Vertragsparteien wegen Aufassung zur Gesellenprüfung vor Ablauf der vereinbarten Lehrzeit den Antrag an die Handwerkskammer stellen, die nach erfolglicher Gesellenprüfung von der Innehaltung der festgesetzten Lehrzeit entbietet.

3. Für die Dauer der Ablegung der Gesellenprüfung, die in der Regel den Zeitraum von drei Wochen nicht übersteigen soll, sowie während der vierwöchigen Probezeit erhält der Prüfling die Erwerbslosenunterstützung.

Dem Arbeitgeber fällt das Eigentum an dem gefertigten Gesellenstück zu, wenn zu dessen Herstellung das Material von ihm zur Verfügung gestellt wurde.

4. Jugendliche beiderlei Geschlechts, die während des Krieges in die Kriegs- und Rüstungsindustrie eingetreten und darin tätig gewesen sind, müssen sich, wenn sie nunmehr ein Handwerk erlernen wollen, in ein ordnungsmäßiges Lehrverhältnis begeben. In dem nach Par. 126b der Reichsgewerbeordnung und den hierzu erlassenen Bestimmungen der Handwerkskammer abzuschließenden Lehrvertrag kann bei vorgeschrittenem Lebensalter und Nachweis bereits erworbener Kenntnisse und Fertigkeiten des Lehrlings, veranlaßtenfalls nach Anrufung des Ausschusses für Lehrlingsangelegenheiten, eine kürzere als die vorgeschriebene Mindestzeit von drei Jahren vereinbart werden. Die Vereinbarung ist mit dem Lehrvertrag der Handwerkskammer zur Genehmigung vorzulegen. In besonderen Fällen einer mehrjährigen Tätigkeit in der Kriegindustrie kann die Aufassung zur Gesellenprüfung nach vorausgegangen Probezeit von mindestens vier Wochen durch die Handwerkskammer verfügt werden.

5. Die dem Lehrling zu gewöhrende Entschädigung ist im Lehrvertrag zu vereinbaren. Die Grundlagen für diese Vereinbarungen sind von Arbeitgeber- und Arbeitnehmersverbänden unter Berücksichtigung der örtlichen und der Zeitverhältnisse bis längstens 20. Januar 1919 festzulegen und zu veröffentlichen. In besonderen Fällen, in denen die Vergütung nach Anbahnung der Beziehungen nicht hinreichend ist, möglichst viele Jugendliche einem gelehrten Berufe zuzuführen, ist die örtliche Erwerbslosenfürsorge zu gewähren. Die Vergütung samt etwaigen Zuschüssen darf die in der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge vorgesehenen Sätze nicht übersteigen.

6. Nach Beendigung der vereinbarten Lehrzeit hat sich der Lehrling der Gesellenprüfung zu unterziehen. Besteht der Lehrling die Prüfung nicht, so hat er sich nach Anrufung einer von dem Prüfungsausschuß (Par. 131c Abs. 3 der Gewerbeordnung) festgesetzten Zeit einer erneuten Prüfung zu unterwerfen.

7. Können infolge Einstellung von Lehrlingen nach vorstehenden Bestimmungen die Vorschriften der Handwerkskammer über die zulässige Zahl von Lehrlingen nicht eingehalten werden, so haben sich die Gewerbetreibenden an die Handwerkskammer zu wenden, die in jedem einzelnen Falle entscheidet.

8. In allen Lehrlingsangelegenheiten, insbesondere über Lehrvertragsabschlüsse, erteilen die Handwerkskammern Auskunft.

9. Die bisher abgeschlossenen Lehrverträge (Ziff. 2 und 4) können auf Antrag der Vertragsparteien durch den bei der Handwerkskammer bestehenden Ausschuss für Lehrlingsangelegenheiten einer Nachprüfung unterzogen werden.

München, den 28. Dezember 1918.  
Segler.

Beträchtliche Erfolge sind durch die energische Mitarbeit unseres christlichen Reichsarbeitervereins in München für die Lehrlinge erzielt worden. Hoffentlich werden diese das Erreichte zu würdigen wissen und sich dem christlichen Metallarbeiterverbände anschließen, der energisch ihre Rechte verteidigt.

### Firma Krupp vor dem Zusammenbruch

In der letzten Sitzung des Essener A. und S.-Rates wurden trostlose Bilder der breiten Öffentlichkeit enthüllt über die Lage der Rüstungsbetriebe, vor allem der ehemaligen deutschen Waffenschmiede Firma Krupp. Ein ganz genuß unverdächtig Zeuge, ein sozialdemokratisches Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates sagte darüber:

Essen geht es schlecht. Durch den Zusammenbruch der Kriegsindustrie, namentlich der Firma Krupp, geht Essen jetzt einer Zeit des Niederganges entgegen. Eine solche Mehrbelastung der Stadtklasse ist deshalb unmöglich. Die zweite Forderung verlangt für jeden Mann, ganz gleich, ob er ledig oder verheiratet ist, einen täglichen Zuschuß von 3 Mark. Die durch diese Forderung entstehende Belastung der Stadtklasse würde genau die Hälfte von der Forderung ergeben, also 150.000 Mark monatlich. Nun entsteht die Frage: Wie sollten diese Summen aufgebracht werden? Wir müssen nun an folgendem festhalten: An sich können wir machen, was wir wollen. Wir haben die Macht in den Händen. Aber wir müssen bedenken: die Stadtverordnetenwahlen in Essen stehen vor der Tür. Sie werden 14 Tage nach den Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden. Das Essener Stadtverordnetenkollegium wird nach den Wahlen ein gänzlich verändertes Gesicht haben. Die 80 Sitze werden fast ausschließlich von Arbeitervertretern besetzt sein. Diesen werden wir Abrechnung über die Verwendung der Gelder geben müssen. Wenn wir uns nachweisen lassen müssen, daß wir mit den Großen der Bürgerschaft Mißbrauch und Verschwendung getrieben haben, dann arbeiten wir unsern Sequern, namentlich dem Zentrum, in die Hände. Eine Umwälzung dieser Art auf die Stadt kann also auf keinen Fall in Frage kommen. Eine andere Frage wäre die, ob sie auf die Schultern der großen Firmen abgewälzt werden könnte. Da ist daran festzuhalten, daß die vermeintlichen Millionen und Milliarden Kriegsgewinne der Industrie im wesentlichen auf dem Papier stehen. Die Firma Krupp hat den größten Teil der Kriegsgewinne in die Ausdehnung der Werkstätten gesteckt, die heute leerstehen, deren Vergrößerung also keinen praktischen Wert hat.

Die Firma Krupp hatte bei Ausbruch der Revolution einen schweren Stand. Als die auswärtigen Arbeiter entlassen wurden, sollten auch die anwesenden Arbeiter



zum größten Teil gekündigt werden. Wir gehen da eingegriffen, und der Arbeiter- und Soldatenrat hat gemeinsam die Verhältnisse der Firma Krupp untersucht, und da muß ich, um endlich den Leidenbildungen von den angeblichen Milliarden gewinnen der Firma Krupp vorzubeugen, feststellen, daß die Firma Krupp im November unmittelbar vor dem Bankrott stand. (Allgemeine Ueberprüfung und finanzielle Kurse.) Es waren ein Mitglied der Spartakusgruppe und ein unabhängiger Sozialdemokrat, die unter diesen Umständen nach Berlin gefahren sind, um Rücksprache zu nehmen, wie Abhilfe geschaffen wurde. Es ist dann gelungen, in Berlin eine Summe von 110 Millionen Mark für die Firma Krupp flüssig zu machen, damit die Firma in der Lage war, die Arbeitsschne auszusahlen. Wir haben diese Dinge auch ausführlich nicht betreiben können. Die angeblichen Reichümer sind in Wirklichkeit tatsächlich nicht da.

Nach unserer Ansicht ist es unmöglich, der Firma Krupp und anderen Werken augenblicklich weitere Kräfte aufzubringen. Wir müssen zufrieden sein, wenn sie keine weiteren Arbeiterentlassungen vornehmen.

Ein anderer Meiner teilte mit, daß die Stadt Essen mit einem sehr großen Defizit abschließt, so daß eine Erhebung aufgelegt wird, die wir in Essen noch nie erlebt haben. Die Stadt Essen wird nämlich nach sorgfältiger länger Prüfung dazu übergehen müssen, die Gemeindefinanzen nicht nur auf 300 Prozent zu erhöhen, sondern diese Erhöhung schon im laufenden Steuerjahre mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar ab eintreten zu lassen. Auch die Sozialdemokraten sind gezwungen, für diese Steuererhöhung einzutreten.

Das war die erste Lage der Firma Krupp schon länger bekannt. Alle über daselbe irgendwo anders Blatt früher geschrieben, so wie es sonstiger von ebendenselben Sozialdemokraten als „Schlüssel des Kapitals“, „Verräterin der Arbeiterklasse“ usw. bezeichnet worden. Jetzt hat ja die „berufene“ Stelle selbst gesprochen. Die Arbeiterklasse befindet sich in einer fürchterlich ersten Lage: sie muß wissen, daß es einen Weg nur durch unermüdete Arbeit, oder durch Arbeitsniederlegung und alle möglichen Experimente geben kann.

### Schönwetterung des Vorstandes

Die Beiratsmitglieder für die kommende Woche im voraus bekannt sind, es ist für Samstag, den 19. Januar der 3. Beiratsbesitzung für die Zeit vom 19. bis 25. Januar fällig.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Neuwelt (Erzgebirge).** Am Neujahrstage fand hier die Jahresversammlung unseres Bezirks statt. Dazu war auch Bezirksleiter Götz erschienen. Kollege Weißkopf eröffnete die zahlreich besetzten und erlebte hierauf den Jahresbericht. Aus diesem sei angeführt:

Am 6. Januar 1916 war es, als sich sechs Kollegen von Neuwelt zu einer Jahreshilfe zusammenschlossen. Seitdem entstanden sich in der Zeit und einigen angrenzenden Orten eine festere gemeinschaftliche Bewegung. Versammlungen wurden sehr gehalten, außer mehreren in Bernsdorf, die dann zur Gründung einer eigenen Zählstelle führten. Eingaben an Firmen usw. wurden drei gerichtet; zwei davon mit Erfolg. An die Drahtwerke Chemnitz kamte unter Abzug der Ausgaben gefordert werden 518,41 Mark. Seit einiger Zeit macht sich eine noch stärkere Stimmung für die christlichen Gewerkschaften bemerkbar. Jetzt heißt es alles daran setzen, um unsere christliche Gewerkschaftsbewegung.

Denn gerade die christliche Arbeit hat Wort zu seinem Bekenntnis in der gegenwärtigen Aufgaben. In selbständigen Bemühungen wie sich deutlich nach, daß die christlichen Gewerkschaften genau so berechtigt sind wie die freien und daß für einen christlich denkenden nur sie in Betracht kommen. Entlassungen wie sie hier in vielen Fällen von Seiten der Juden Gewerkschaften angewandt werden, dürfen auf keinen Fall stattfinden. In solchen Fällen muß dem betreffenden Komitee energig entgegengetreten werden. Arbeit für unsern Bestand ist die beste Gegenmaßregel. Denn sobald die sozialdemokratischen Gewerkschaften merken, daß sie auf Grund liegen, werden sie uns in Ruhe lassen. Zum Schluß forderte Götz alle Zählstellen auf, für unsere gute Sache einzutreten. Es ist ein Mitglied rege an der Agitation beteiligen. Dann wird auch der Erfolg nicht fern bleiben.

Nach dem trefflichen Vortrag wurde der Ortsgruppen-Vorstand neu gewählt. Und zwar Boris und Käse wie bisher R. Weißkopf, Schriftführer an Stelle des bisherigen ist zur Section Bernsdorf gehörigen Kraus, sich die Band: Reichert Richard Härtel und Helene Ficker, beide neu hinzu gewählt; Vertrauensmänner Karl Feuser, Bruno Khamat und Fritz Diegel. Gegen 5,30 Uhr wurde die schön verlaufene Versammlung beendet.

Kollegen, Kollegen von Neuwelt und Umgebung. Sorgt dafür, daß unser christlicher Metallarbeiter-Verband auch hier die Ereignisse sich immer mehr ausdehnt. Unser Bestreben muß sein:

- 1. Arbeit für unser heimatliches Vaterland,
- 2. Arbeit für die christlichen Gewerkschaften, unsere christlichen Metallarbeiterverband.

**Schlesische.** Ein recht erfreuliches Bild zeigt sich uns, wenn wir uns die Entwicklung unseres Verbandes im unteren Teile unserer Verbandsgebiete derbei vor Augen führen. Im Rheinlande hatten wir 1914 eine Ortsgruppe von circa 150 Mitgliedern. Nebenbei war in Deitrich eine neue Gruppe von ungefähr 30 Mitgliedern gegründet worden. Zwischenzeitlich waren die Verhältnisse in Kahlrodt. Nur ein kleines Häuflein geistiger Kämpfer hielt dort die Fahne aufrecht. Da Kahlrodt hielt zwar eine kleine Ecke weiter stand und auch hier hat besonders der dortige Leiter der Ortsgruppe Kollege H. Röhliges geleistet. Die Gruppe Deitrich ging ganz ein und auch in Kahlrodt konnte von einer eigenartigen Richtung keine Rede mehr sein. Doch im Sommer 1915 ging ein erfreulicher Geist durch die Reihen der Kollegen. Eine Anzahl innerer Mitglieder führte als Kriegsbefähigte oder Reservierte zurück und nahm auch gleich den Kampf für die Sache der Organisation wieder auf. Jetzt war es Kahlrodt, wo die Fahne der Arbeiterklasse es anging, daß ohne Organisation nicht erloschen war.

Die Begehr der Belegschaft von Pöbitz wurde für uns gewonnen, und die Kollegen haben einsehen gelernt, daß gerade der christliche Metallarbeiterverband, der hier als

führende Organisation in Frage kommt, die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Aus der ehemaligen Ortsgruppe Kahlrodt sind jetzt vier blühende Gruppen entstanden: Kahlrodt, Einjal, Pöbitz und Untergrüne. In Letzter und Deitrich wurde mit Hochdruck gearbeitet. Eine Anzahl Kollegen machten es sich, ein jeder für sich, zur Aufgabe, die meisten Aufgaben zu erfüllen. Ein jugendlicher Kollege machte in einer Woche allein vierzig Aufnahmen. Der Erfolg blieb denn auch nicht aus: Die Gruppe Deitrich-Deitrich ist heute die zweitgrößte Gruppe innerhalb unserer Verbandsgebiete. Einzelne Betriebe sind nicht nur reiflos organisiert, sondern rufen dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Nun kommt als letzte Gruppe noch Hohenlindenburg, welche vor dem Kriege immer als Hochburg des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bezeichnet wurde. Jeder Betrieb, hier Hohenlindenburg, hat eine Gruppe, die vor einigen Wochen machte es sich nun einige Kollegen von Deitrich-Deitrich-Grüne und Pöbitz zur Aufgabe, eine neue Ortsgruppe Hohenlindenburg ins Leben zu rufen. Durch zähe Arbeit in der Hausagitation gelang es auch, einen Stamm für unseren Verband zu gewinnen. Durch rege Mitarbeit dieser neuen Kollegen haben wir jetzt in Hohenlindenburg eine starke Gruppe. Auch in Hohenlindenburg herrscht Begeisterung und Eifer und gerade diese jüngste Gruppe unseres unteren Bezirks berechtigt zu den schönsten Hoffnungen.

Wenn nun die Kollegen der genannten Gruppen mit berechtigtem Stolz auf ihre Tätigkeit zurückblicken, so heißt es nun, unermüdet weiter zu arbeiten. Noch ist die Zeit der Ernte und ganz besonders den Kollegen von Hohenlindenburg steht noch ein großes Feld der Tätigkeit offen.

Wenn wir als Erfolg des Krieges ein reifloses Zusammengehen aller Metallarbeiter in den gewerkschaftlichen Organisationen, ganz besonders aber aller noch christlich gebliebenen, im christlichen Metallarbeiterverbande suchen wollen, dann ist uns vor der Zukunft der Metallarbeiterklasse nicht bange.

Denn vorwärts Kollegen, nicht rückwärts gehend, nicht im Kampfe erlegen, selbst die Zukunft gebaut. Denn leicht auch ist die schwebende Hand, kämpft weiter für unsern Verbandsverband.

**Selbe.** Am 19. Dezember 1915 fand zwischen dem Gewerkschaftsleiter H. H. Bielefeld, sowie dem Arbeiterausschuß der Firma C. G. Haber und C. G. Boller einerseits und der genannten Firma andererseits eine Verhandlung statt. Lohnregulierung hat, die folgendes Ergebnis zeitigte: Es sollen verdienen in einem achtstündigen Arbeitstag:

1. Lehrlinge im 1. Jahre 2 bzw. 2,10, im 2. Jahre 3, im 3. Jahre 4 Mark.
2. Jüngerliche Facharbeiter im Alter von 17-18 Jahren die Stunde 0,89, von 18-19 0,90, von 19-20 1,10, von 20-21 1,25 Mark.
3. Jüngerliche Hilfsarbeiter im Alter von 17-18 Jahren 0,65, 18-19 0,75, 19-20 0,85 20-21 0,90 M. die Stunde.
4. Hilfsarbeiter 1-1,19 M. die Stunde.
5. Schlosser. Für die beiden jüngeren (Bape, Beck) 1,55, für die beiden älteren (K. Lang, K. Lange) 1,60 M. die Stunde.
6. Feiler M. 1,10 die Stunde.
7. Selbständige Drahtweber M. 1,50 die Stunde.
8. Selbständige Maschinenarbeiter (Sachverständigen-Maschinen) M. 1,40 die Stunde (früher 1,40).
9. Aufschlagelöhne. In den Fällen, wo bisher das Aufsehen besonders verhalten wird, soll der dem betr. Weber zustehende Tagelohn vergütet werden, die niedrigeren Aufschlagelöhne fallen also fort.
10. Regelung der Urlaubslöhne mit dem Arbeiterausschuß.
11. Nebenstunden mit 25 Prozent Aufschlag.
12. Sonntagsarbeit (ab 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends) mit 50 Prozent Aufschlag.

Kollegen, manches ist erreicht worden. Rastet nicht, der christliche Metallarbeiterverband muß noch härteren Boden fassen.

**Württemberg. Kriegerausgaben für Kriegsbefähigte.** Das württembergische Arbeitsministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach Kriegerausgaben von Kriegsbefähigten nur mit einer Kündigungsfreiheit von drei Monaten vorgenommen werden können.

### Literarisches

Die Bestimmung der Schieberäder mit und ohne Kettenkrantzrechnung sowie Conus-Berechnung. Lehr- und Hilfsbuch für Drehermeister und Dreher von Albert Jöhl, Wilhelm-Anth. Jahrbuch 185, Preis 1,50 Mark.

Das vorliegende Werkchen soll dazu dienen, jedem Drehermeister und Dreher in leicht faßlicher Form zu zeigen, wie in einfacher Weise die Verhältnisse bezüglich die dazu gehörenden Räder hergestellt werden. Für die Verhältnisse zwischen Zoll-Steigung und Millimeter-Steigung ist die Kettenkrantzrechnung gewählt und wo dieselbe nicht anwendbar ist, eine andere Regel angegeben. In einer Tabelle sind die Zahlen von 10 bis 100 in die verchiedenen möglichen Verhältnisse zerlegt.

Formel ist die Conus-Berechnung erklärt. Unsere Kollegen, sofern sie Dreher sind, können wir das Büchlein nur empfehlen.

**Das öffentliche Unterrichts- und Versorgungswesen.** In für einen großen Teil unseres Volkes von allergrößter Wichtigkeit. Es gibt wenige Familien, die nicht in der einen oder anderen Weise daran interessiert sind. Ueber die vielfältigen geschichtlichen Bestimmungen und zahlreichen Verordnungen herrscht in den breiten Volksschichten aber wenig Klarheit. Die Zeit drängt auf unvorstellbar geringe, die auch nur über die allerwichtigsten Bestimmungen einigermassen Bescheid wissen. Gegenüber dieser Lage ist die Bedeutung und tatsächliche Auswirkung dringender notwendig. Diesen Zweck erfüllt in weitgehend und präzisier Weise eine in dem christlichen Gewerkschaftsverband Köln, Berliner Teil 9 erscheinende Schrift mit dem Titel: Handbuch des öffentlichen Unterrichts- und Versorgungswesens. Mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsbefähigten nach Kriegseintritt. 218 Seiten Preis 1,50 Mark. Die bereits vor Beginn des Krieges erschienene Schrift hat vor ihrem Wert durch die Bedeutung des Krieges nicht verloren: im Gegenteil der reichhaltige Inhalt ist jetzt erst recht aktuell geworden, zumal sich die Zahl der Interessierten noch ständig vermehrt. Für jeden der mit dem öffentlichen Versorgungswesen zu tun hat, ist das Werkchen ein unentbehrliches Nachschlagewerk. Es gibt Auskunft über alle Fragen, die auf dem Gebiete auftauchen können. Aus dem Inhalt seien nur folgende Abschnitte erwähnt:

Die Kriegsbefähigten: die Fürsorge für die heimkehrenden Kriegsbefähigten; die Krankenversorgung der Kriegsbefähigten; Kriegsbefähigte und Sozialversicherung; die Versorgung der Kriegsbefähigten; die Ansprüche der Hinterbliebenen nach der Sozialversicherung.

Der Lehrgang bringt noch Bestimmungen und wichtige Einzelheiten über Unterrichtsbefähigung, Erläuterungen, Kriterien, Anfordernisse usw. Die Übersetzung der Nachfrage nach dem Handbuch zeigt, daß es einen würtlich dringlichen Bedürfnis: Kaufpreis 1,50 Mark.

### Volk und Verfassung.

Jeder einzelne hängt mit seinem Schicksal, mit seiner Arbeit, seinem Verdienst, seinem Gehalt, mit der Ausübung seiner Schöne von der Weltbewegung im Ganzen ab. Wir leben nicht mehr wie unsere Voreltern von dem, was sie aufzogen. Heute ist jeder im Preis, im Wert, im Grunde und in der Gesundheit und in der Bildungsmöglichkeit abhängig von dem Weltgeschehen da draußen.

Diese grundlegende Veränderung in der Lebenslage des Volkes hat dazu beigetragen, daß wir in diesen Tagen die die Umwandlung des Obrigkeitsstaates in den Volksstaat erleben. Die Veränderung der Menschen, der Zustände und der Verfassung — dieser ganze Neubauungsprozess wird kurz und einleuchtend, belebend und allgemeinverständlich dargestellt in den beiden Flugschriften „Der Weg zum Volksstaat“ von D. Friedrich Kaumann, M. d. R. und „Neudeutscher Parlamentarismus“ von Unterstaatssekretär J. Giesberg, M. d. R. Beide Schriften sind herausgegeben von der Arbeitergemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin, Lühnowstraße 102-104. Ihr erster Ton entspricht der ersten Zeit, der unser Volk Vertrauen und Zuversicht eingebracht.

### Sterbetafel

- Machen: Matth. Ezilins, Jos. Hermann, Aug. Cremer.
- Amberg: Theo. Goldmann, Joh. Oberdorfer, Joh. Hertel, Joh. Hiegers, Mat. Karg, Joh. Schmiedel.
- Angsburg: Georg Bieker.
- Barmen: Friedr. Upphoff.
- Berlin: Joh. Kozlowski, Karl Malbaum, Ernst Schmiedemann.
- Bochum: Paul Stefan, Ant. B. Räden.
- Bielefeld: Kath. Brandherr, Gern. Böste, Johanne Kocher, Heinz Herfelle.
- Böln: Franz Bürgmer, Theodor Schuch, Fr. Albert Biffberg, Franz Maier, Barth. Schuster, Theodor Suda, Wilh. Lindlar, Peter Euer Wilh. Bach.
- Chemnitz: Albin Barth.
- Crefeld: Franz Krill.
- Duisburg: Ludwig Weber, Chr. Funf, Richard Müller, Theo. Wittig, Wilh. Müller, Paul Rabemacher, Josef Schäfer, Karl Edder, Heinz Preuß, Laur. Curath, Pl. Friedrichs, Jos. Schrader, Joh. v. d. Berg, Waldemar Janßen, Fritz Josef, Johann Wiffing, Ferd. Götter, Nik. Duzer, Aug. Hartmann, Ant. Velling, Heinz Wiffing, Georg Gerlach, Eishorn, Gynay, Gern. Rähling, Johann Pajal, Heinz Janßen, Kath. Weber.
- Düsseldorf: Johann Schäfer, Peter Hüter, Heinz Manschig, Josef Brindmann, Paul Weiß.
- Dillingen: Heinz Löw, Joh. Zent, Jakob Heuwig, Kaspar Marbach, Dortmund: Heinz Scheller, Franz Kerfing, Franz Borzestowski, Heinz Schmele.
- Essen: Franz Neumann, Wilhelm Klein, Wilhelm Denno, Albert Schmidt, Wilh. Dormann, Wilh. Bähr, F. Heuser, Albert Sprenger, Franziska Thiel, Wilh. Jerusalem, Leop. Kreuzenbed.
- Eßlingen: Georg Dietmann.
- Frankfurt: Joh. Müller.
- Furtwangen: Gottl. Burt.
- Fulda: Fr. Loh.
- H.-Stabach: Peter Lehren, Joh. Gerth, Matth. Zerkoffen.
- Gelienkirchen: Heinz Söngersath, Heinz Schrüla, Aug. Wiegels, Josef Hommert, Ernst Wüchling, Wilh. Franz, Karl Freytil, Joh. Krause, Matth. Comes.
- Geislingen: Emilie Bösch.
- Göppingen: Eugen Stauff.
- Gätenbach: Gern. Blöß.
- Gagen: Josef Dombrowsky, Otto Speichert, Just. Langenbach, Fritz Bertmann, Karl Deusch.
- Hamm: Wilh. Steinbrock, Ferd. Klobl.
- Homburg: Ferd. Kampf.
- Hilfsburg: Karl Bollberg.
- Kattowitz: Konst. Jeyond.
- Kiel: Wilh. Jäschke.
- Kraanheim: Karl Dacher, Joh. Lorenz.
- Menden: Gust. Oberbeck, Stephan Hostenber, Kaspar Anieker, Ludwig Hammerfchmid, Ferd. Antoni, Josef Groß, Alois Vogel.
- Meiderich: Beder.
- Münster: Ernst Köh.
- Münster: Bernh. Seltsdorf.
- Reheim: Franz Keller, Mag. Köster, Wilh. Gohmann, Ferd. Königs, Hoff, Bernh. Friede, Georg Mulhofer.
- Remmigen: Kath. Hummel.
- Reuwich: Ludwig Luhn, Heinz Sahn, Josef Reif.
- Reiße: Josef Grotwald.
- Rederslum: Josef Kappeler.

### Versammlungs-Kalender

- Dienstag, den 21. Januar 1919: Dortmund-Lären, 8 Nachm. 6 Uhr bei Bahmann (Vertrauensmänner).
- Mittwoch, 22. Januar 1919: Gort-Luischer. Abends 6 Uhr bei Kolte.
- Samstag, 25. Januar 1919: Kaffat. Morgens 10.30 Uhr Generalversammlung einschl. der Sectionen Lebzigheim, Dietrichsheim, Kaufenshal und Kaffat im „Anker“.

### „Das Gewinde“

2. ergänzte Auflage. Ein ansehnliches Handbuch für Dreher, Mechaniker und dergl. Enthält rund 7500 berechnete Räderstände für rund 7750 Gewinde. Leichter und leichtes Lehrbuch für den Arbeiter zum Gewindestimmen, Konischdrehen, Gradstellung, Umdrehungsgeschwindigkeit und dergl. Zu beziehen von Wilhelms Schuler Augsburg, Inhofstr. 79. Preis 5,25 Mk. per Nachnahme 30 Pfg. mehr (Postcheckkonto Nr. 9339 München.)

### Anferwieder gesucht

Für eine Reparaturwerkstätte elektr. Maschinen und Apparate in Baden. Nur selbständige Arbeiter. Lebensauf- und Lohnansprüche angeben unter J. 100 an „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

### „Kapital und Arbeit“

Roman von Albert Aegidius. Brosch.: 5,50 Mk. Geb.: 6,50 Mk. „Erhebend und in schöner Zukunft weisend, ist dies Buch von deutscher Arbeit.“